

links im Landtag

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Frühjahr 2019



Damit jetzt aufhört, was schon 30 Jahre nervt.

Eine Leipzigerin und ein Plauener waren noch keine 36 Jahre alt, als die Mauer fiel. Sie gingen wie viele Leute in Sachsen auf die Straße und demonstrierten für Freiheit und – deutsche Einheit. Nun gehen beide in Rente. Hätte man ihnen damals gesagt: Noch im Jahr 2019 wird ein »Rentenpunkt« Ost weniger wert sein als im Westen, hätten sie das

wohl nicht glauben wollen. Auch der 21-jährige Baufacharbeiter aus Chemnitz, der am 3. Oktober 1990 die deutsche Einheit feierte, hätte sich nicht träumen lassen, dass er als 50-Jähriger immer noch keinen gleichen Lohn für gleiche Arbeit kriegt. Und welche Rentnerin, die ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit von Nordrhein-Westfalen nach Görlitz gezogen ist, wäre auf die

Idee gekommen, dass sie deshalb weniger »Mütterrente« für ihren Nachwuchs bekommt? Es ist höchste Zeit, dass das aufhört – Lohnungleichheit, Rentenunrecht. Die 30-jährige Pflegerin bekommt im Osten 500 Euro weniger als im Westen – man sieht: Ost/West ist keine Frage des Alters! Wir wollen nicht, dass das nochmal 30 Jahre so weiter geht. Weg mit den Ausreden: Kein Geld da, auch die

Städte und Gemeinden bei uns sind zu arm. Warum wohl? Weil Bundesregierungen, egal ob mit CDU, SPD, FDP oder GRÜNEN, dulden, dass die Superreichen nicht wirklich besteuert werden. Und sich Sachsens Staatsregierung nicht für bessere Kommunalfinzen, optimal ausgestattete Schulen, Lohn- und Rentengerechtigkeit ins Zeug legt. Es geht kein Weiter so – dazu die Initiative der sächsischen Linksfraktion, s. S. 8.



**Es liegt
an uns.**

**Eine
Welt zu
gewinnen.**

Der Zeit voraus?

Rico Gebhardt, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, über die Arbeit der größten Oppositionsfraktion in Sachsen 2014–2019 und die Frage: Siegt der Mut über die Angst? Seine Antwort: Es liegt an uns. An uns allen.

im öffentlichen Dienst orientiert. Das sind bei Vorstellung unserer Initiative 11,24 Euro Stundenlohn gewesen! Damit bewegen wir uns auf den von uns geforderten Mindestlohn von zwölf Euro hin. Jetzt kann man ja mal raten, was CDU und SPD getan haben?

Richtig, sie haben es niedergestimmt, obwohl der SPD-Wirtschaftsminister selbst die zwölf Euro als Forderung im Munde führt.

SO geht's nicht weiter

Ihre Bilanz der Regierungspolitik von CDU und SPD kurz vor Ende der Wahlperiode?

Zu Beginn der Legislatur sprach ich von der langweiligsten Koalitionsvariante. Daran hat sich nicht wirklich was geändert. Auch der Wechsel an der Regierungsspitze nicht. Ich sehe zwar viel guten Willen, man bemüht sich – aber wir wissen ja alle, was das bedeutet, wenn sowas im Arbeitszeugnis steht. Dann ist der Chef nicht zufrieden gewesen. In dem Falle ist die Bevölkerung von Sachsen der Boss und kann mit den Resultaten nicht zufrieden sein. Da sind Sachen zu beurteilen wie: Unterrichtsausfall an den Schulen, Pflegenotstand, Verstopfung der Autobahnen durch anwachsende LKW-Ströme, gescheitertes Gleichstellungsgesetz, Schlusslicht bei Tariflöhnen, keine Antwort auf den Klimawandel, eine stark verunsicherte Bevölkerung usw. Was für eine Bilanz kann man da schon ziehen?

Es ist der Job der Opposition zu kritisieren – die Leute wollen aber auch wissen, wie man es besser machen kann.

Wir kritisieren und machen Vorschläge, wie man es besser machen kann. Nur ein einziges Beispiel: CDU und SPD hatten sich in ihrem Koalitionsvertrag 2014 darauf verständigt, »bis spätestens 2017« ein neues Vergabegesetz vorzulegen. Denn es ist ärgerlich, dass regelmäßig Firmen, die anständigen Tariflohn zahlen, von Billiganbietern bei Ausschreibungen des Staates ausgestochen werden. Man kann nicht einerseits wie Sachsens SPD-Wirtschaftsminister wortreich Dumpinglöhne beklagen und dann selbst einen solchen Missstand verantworten. An der Stelle kommen wir ins Spiel und haben zusammen mit den Gewerkschaften ein Vergabegesetz vorgestellt, das sich am Mindestentgelt

WIE wirkt, was abgelehnt wurde

Ist das nicht frustrierend, wenn man sozusagen parlamentarische Drucksachen für den Papierkorb produziert?

Das sieht vielleicht so aus, aber so ist es nicht. Denn unsere Ideen sind in der Welt und ihre Zeit wird kommen. Das sieht man ja am flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Es ist noch nicht lange her, da haben manche Menschen für unter vier Euro die Stunde gearbeitet. Nun sind wir dank Mindestlohn schon bei 9,19 Euro Minimum. Ein Jahrzehnt lang haben wir als LINKE auch im Sächsischen Landtag dafür gekämpft, dass es überhaupt einen Mindestlohn gibt. Schlussendlich sind SPD und schließlich auch die CDU draufgesprungen. Auch wenn sich andere dafür feiern lassen, so ist es doch uns zu verdanken.

Gibt es solche Erfolge auch im Landtag?

Aber natürlich. Da ist beispielsweise die Enquete-Kommission des Landtags zur Pflege, die von uns maßgeblich geprägt wurde. Wir haben an die hundert Vorschläge unterbringen können – zum Wohl der Pflegebedürftigen, deren Zahl in Sachsen in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich auf 210.000 steigen wird, und ihrer Angehörigen. Diese Kommission wurde von Regierungs- und Oppositionsfraktionen einvernehmlich eingesetzt. Wir als LINKE im Landtag wollen Motor des sozialen Fortschritts sein, deshalb gehen wir ein Stück weiter als die Konservativen: Wir wollen,

»Es ist noch nicht lange her, da haben manche Menschen für unter vier Euro die Stunde gearbeitet. Nun sind wir dank Mindestlohn schon bei 9,19 Euro Minimum. Wir sind es gewohnt, Ideen in die Welt zu setzen, deren Zeit kommt.«

dass sich Sachsen für eine Pflege-Vollversicherung stark macht. Damit nicht immer mehr Menschen ihre ganze Rente dransetzen müssen, um einen benötigten Platz im Pflegeheim finanzieren zu können.

Als zweites Beispiel, wo wir erfolgreich Schrittmacher waren und auch am Schluss darauf drängen, noch konsequenter zu sein: Wir hatten einen Antisemitismusbeauftragten gefordert, bekommen hat das Land nun einen Beauftragten zur Förderung des jüdischen Lebens in Sachsen. Das geht in die richtige Richtung, wenn dabei die Bekämpfung des Antisemitismus zu den Kernaufgaben gehören sollte. 2018 hat es 138 antisemitische Straftaten in Sachsen gegeben, das ist im langjährigen Vergleich ein Höchststand. 2012 waren es noch 51 gewesen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Fast alle dieser Straftaten wurden von rechtsmotivierten Tätern verübt.

Und nicht zuletzt ein von mir gern genommenes Beispiel bezieht sich auf die Polizei: Wir haben 2014 ins Wahlprogramm aufgenommen, dass mindestens 550 Polizeianwärterinnen und -anwärter pro Jahr ausgebildet werden müssen. Der damalige Ministerpräsident sagte zu mir: »Einen Polizeistaat hatten wir schon mal.« Jetzt werden 700 Nachwuchskräfte pro Jahr ausgebildet. Also Opposition wirkt!

WENN Sachsen vorangeht

Regierungsvertreter werfen Ihnen öfter »Besserwisserei« vor, egal ob es um Mindestlohn oder Lehrermangel geht ...

Da sage ich nur: Getroffene Hunde bellen. Aber: Es geht weder um Besserwisserei noch darum, wer schneller ist. Den Menschen nützen solcherlei Spielchen überhaupt nichts. Im Landtag entscheiden wir über die Zukunft der Menschen in Sachsen und über Themen, die für ihren Alltag wichtig sind. Und manchmal geht es eben in den Debatten heiß her. Außerdem möchte ich nicht, dass die CDU/SPD-Staatsregierung ungestört den Eindruck vermittelt, das Schul-Elend sei gottgegeben und die Leute müssten jetzt dankbar sein, dass ihre Kinder überhaupt noch zur Schule gehen können. Es ist mir nämlich sehr wichtig klarzumachen: Es liegt an uns, wie Sachsen morgen aussieht. Wir müssen heute handeln, damit die nächste Regierung nicht morgen wieder den Problemen nur hinterherläuft.

Also sind Sie der Zeit voraus, damit macht man sich aber beim »Mainstream« auch nicht beliebt ...

Sachsen ging es immer dann am besten, wenn es seiner Zeit voraus war: Schon im frühen Mittelalter hatten erzgebirgische Bergleute mit der Knappschaft eine Sozialversicherung, um die sie heute noch viele Menschen auf der Welt beneiden würden. Vor über 300 Jahren erfand der Freiburger Oberberghauptmann das Prinzip der Nachhaltigkeit, dass nur soviel Holz und natürliche Ressourcen verbraucht werden dürfen, wie nachwächst. Das ist doch eine tolle Sache. Hätte sich die Menschheit immer daran gehalten, müssten wir heute nicht über Klimakrise, Insektensterben und saure Seen reden. Besonders wichtig sind uns die Impulse sozialer Bewegungen der Neuzeit, die nunmal in Sachsen ihren Ausgang genommen haben: Arbeiter-, Mieter- und Schreberbewegung.

WANN kommt der Osten an?

Der 30. Jahrestag des Mauerfalls naht, der Osten ist wieder in aller Munde – spielt er denn auch im Sächsischen Landtag als Thema eine Rolle?

Bei uns ja, und das auch nicht erst seit diesem Jahr, wie das bei anderen Parteien der Fall ist. Wir wissen, wo wir herkommen. Und deshalb spielt das Thema Osten schon lange für uns eine Rolle, auch im Landtag. Vor vier Jahren hatten wir unter anderem einen Antrag zu dem sensiblen Thema, welches das für die DDR typische Auseinanderfallen des Eigentums an Grund und Boden betrifft. Dieser hieß »Schutzschirm für Nutzer*innen von Erholungsgrundstücken – Kündigungsschutzmoratorium für Wochenendgrundstücke jetzt!«. Oder ein anderer Antrag: »Spekulative Veräußerung von kleingärtnerisch genutzten Bodenflächen auf landeseigenen Grundstücken im Freistaat Sachsen sofort stoppen!«

Auch um die sächsischen Bergleute haben wir uns »gekümmert« und forderten in einem Antrag 2017 Gerechtigkeit für sie. Genauer gesagt, sind wir die Diskriminierung ehemaliger Beschäftigter der Braunkohleveredlung bei der Rentenberechnung gegenüber anderen Bergleuten angegangen. Im selben Jahr brachten wir noch eine weitere Renteninitiative ein: »Lebens- und Arbeitsleistungen von Ostdeutschen anerkennen – Rentenwertangleichung Ost auf das Jahr 2018 vorziehen, Renten- und Versorgungsrecht Ost beenden.« Im Jahr 2018 forderten wir Wiedergutmachung der Folgen der Enteignung von Bodenreformland-Erben und setzten uns noch im selben Jahr für einen Nachteilsausgleich für die in der DDR geschiedenen Frauen ein. Aktuell fordern wir, dass den Volkspolizisten das gezahlte Verpflegungsgeld auf die Rente angerechnet wird, wie es das Sozialgericht auch ausgeurteilt hat. Die CDU-geführten Innen- und Sozialministerien verweigern das aber weiterhin beharrlich.

Kurzum: Wir waren und sind die verlässlichste Interessenvertreterin aller Menschen, deren Lebensleistung vor 1990 missachtet wird.

Und was ist mit denen, die heute arbeiten – braucht es eine »Ost-Quote«?

Aber hallo?! Es geht an der Stelle um Artikel 36 des Grundgesetzes, so sagt es unmissverständlich das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages. Matthias Höhn, Ostbeauftragter der Linksfraktion im Bundestag, hatte es in Auftrag gegeben. Ergebnis: Die Menschen aus den Bundesländern müssen in den Bundesbehörden angemessen berücksichtigt werden. Die »Ost-Quote« ist also als Teil der Länderquote sogar von der Verfassung geboten, denn das Grundgesetz legt fest, »bei den obersten Bundesbehörden sind Beamte aus allen Ländern in angemessenem Verhältnis zu verwenden.« Der Wissenschaftliche Dienst empfiehlt, den Grundsatz auch auf Angestellte zu übertragen. Bei seiner Regierungsumbildung hat Sachsens damals neuer Ministerpräsident Kretschmer Anfang 2018 sieben Menschen neu berufen – darunter sind gerade mal zwei Ostdeutsche. Natürlich darf auch ein Mensch aus Bayern in Sachsen Karriere machen und umgekehrt. Es ist aber offensichtlich, dass hier auch nach einer Generation kein Ausgleich auf Gegenseitigkeit stattfindet. Es sollte daher selbstverständlich sein, dass bei gleicher Eignung – analog zur Frauenquote – Bewerberinnen und Bewerber zum Zuge kommen, deren Einstellung der regionalen Unterrepräsentanz entgegenwirkt.

»Sachsen liegt in der Mitte Europas, wir sind nicht der Hinterhof von Berlin. Dazu gehört für uns: Der Brüsseler Bürokratie mehr auf die Finger schauen und vor Ort mehr entscheiden. Das ist unser Angebot für eine neue Mehrheit.«



Das werden wir ja wohl noch sagen dürfen

Klare Ansagen aus dem Alltag zu allem, was jetzt in Sachsen wichtig ist



Klaus Bartl
(Chemnitz)

Verfassungs- und
rechtspolitischer Sprecher
klaus.bartl@
slt.sachsen.de

Für Recht auf der Höhe der Zeit: »Zuchtmittel sind eine von den Nazis in den Jahren 1940 bzw. 1943 (Reichsjugendgerichtsgesetz) ins Jugendstrafrecht eingeführte Kategorie, die merkwürdigerweise unter dieser Bezeichnung alle gesellschaftlichen Wandlungen in der Bundesrepublik seither überlebt hat und noch heute das Jugendgerichtsgesetz zielt. Es kann nur eine Gesetzeslage akzeptabel sein, die von der ersten bis zur letzten Norm exakt dem vorrangigen Erziehungsgedanken Rechnung trägt und nicht überschießenden Sanktionsgelüsten Raum gibt.«
(Januar 2019 im Landtag in der Debatte über Jugendarrest.)

Beförderung ihrer Kinder in die Schule zahlen müssen. Und die Azubis können nur im Jahres-Abo für 50 Euro im Monat den verbundübergreifenden ÖPNV nutzen. Die meisten Azubis müssen aber nicht ganzjährig zum Ausbildungsbetrieb bzw. in die Berufsschule. Sie zahlen also indirekt drauf, wenn sie ein Ticket bezahlen müssen, das sie möglicherweise gar nicht nutzen. Deshalb wollen wir ein Ticket für alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistende für ganz Sachsen und für zehn Euro im Monat.« (Drucksache 6/8865)

Individuum wieder zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit oben an stellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugutekommen lässt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung. Die Realität ist inzwischen gerade auch in Sachsen eine andere. Wir fordern mit unserem Antrag den Freistaat Sachsen auf, im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Verbesserung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern voranzubringen, die es insbesondere großen Unternehmen erschwert, trotz steigender Gewinne Massenentlassungen zu planen und durchzuführen.«
(Drucksache 6/12101)



Sarah Buddeberg
(Dresden)

Gleichstellungs- und Queerpolitische Sprecherin;
Parlamentarische Geschäftsführerin
sarah.buddeberg@
slt.sachsen.de

Lehrkräften keine Entlastung, trägt also zur Attraktivität der Lehrertätigkeit nichts bei. Die in Aussicht gestellte Ausgleichszahlung für angestellte Lehrerinnen und Lehrer ist einer Verbeamtung nicht adäquat. Das sorgt für eine Zweiklassen-Lehrerschaft in der Schule. DIE LINKE fordert vom Kultusminister die Verbesserung der Attraktivität des Lehrerberufs. Dabei geht es neben einer angemessenen und gerechten Vergütung auch um entsprechende Rahmenbedingungen.« (Drucksache 6/11549)



Marco Böhme
(Leipzig)

Sprecher für Klimaschutz,
Energie und Mobilität;
Stellv. Fraktionsvorsitzender
marco.boehme@
slt.sachsen.de

Mobile junge Leute:
»Es reicht nicht, dass die Schülerinnen und Schüler nur ein Freizeitticket ab 14 Uhr für zehn Euro im Monat bekommen. Das heißt, dass die Eltern trotzdem noch bis zu 250 Euro im Jahr für die



Nico Brünler
(Chemnitz)

Sprecher für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
nico.bruebler@
slt.sachsen.de

Kein Freibeuter-Kapitalismus:
»Um es mit den Worten des damaligen Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard zu sagen: »Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das »freie Spiel der Kräfte« und dergleichen Phrasen, mit denen man hausieren geht, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne

Ja zur Parität im Parlament:

»Die massive Unterrepräsentanz von Frauen in allen Parlamenten und Kommunalvertretungen in Sachsen ist ein Problem für die Demokratie und die Gesellschaft. Diese eklatante Ungerechtigkeit muss beendet werden. Daher haben wir als ersten Schritt einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die gleichmäßige Verteilung von Frauen und Männern auf den Landeslisten vorsieht. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Plätze im Sächsischen Landtag, die über Landeslisten der Parteien vergeben werden, zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt sind. Brandenburg ist mit gutem Beispiel vorangegangen. 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts ist es überfällig, dass Frauen und Männer zu gleichen Teilen in den Parlamenten vertreten sind.« (Drucksache 6/16948)



Antje Feiks
(LK Mittelsachsen/
Erzgebirgskreis)

Medienpolitische
Sprecherin
antje.feiks@
slt.sachsen.de

Nachrichten aus der Nachbarschaft:

»Die deutsche Medienlandschaft besteht nicht nur aus den großen Playern, wie ARD, Deutschlandfunk, Radio PSR oder der Süddeutschen Zeitung. Sondern auch aus vielen kleinen Unternehmen, die zum Beispiel Radio- und Fernsehprogramme machen. Aber im Gegensatz zu den großen Rundfunkhäusern oder Medienzentren, haben die kleinen Rundfunkprogramme immer wieder zu kämpfen. Auch die immer wieder geforderte Umstellung auf DAB+ ist bspw. für kleine Lokalradios nur schwer machbar. Schon allein die Anschaffung der neuen Technik übersteigt den finanziellen Spielraum, ganz zu schweigen davon, dass der digitale Radioempfang sachsenweit auch nicht störungsfrei verläuft. All diese Probleme zeigen, dass lokale Medien von vor Ort mehr Unterstützung seitens der Medienanstalten und Politik bedürfen. Denn die Menschen wollen auch Nachrichten aus ihrer Gemeinde erfahren.«



Cornelia Falken
(Leipzig)

Bildungspolitische
Sprecherin
cornelia.falken@
slt.sachsen.de

Lehrerschaft nicht spalten:

»Die Verbeamtung löst keines der bestehenden Probleme. Sie bringt den



© Mario Gut / iStockphoto.com



Rico Gebhardt
(Erzgebirgskreis)

Fraktionsvorsitzender
rico.gebhardt@
slt.sachsen.de

Nähe zur Bevölkerung:
»Das Kernproblem von Ministerpräsident Kretschmer ist seine Widersprüchlichkeit, mit der er ein typischer Vertreter der sächsischen Union ist. Auf der einen Seite hat die CDU den Staat von den Menschen entfernt, Schulen, Polizeireviere und Ämter geschlossen, eine Kreisgebietsreform durchgesetzt und die Gemeindegemeinschaften vorangetrieben, ohne auf die Identität der Menschen vor Ort Rücksicht zu nehmen. Auf der anderen Seite will Kretschmer den Menschen in den Sachsgesprächen ganz nah sein, nennt Heimat als Kraftquelle der Gesellschaft. Das ist unglaublich; es sei denn, die CDU-geführte Staatsregierung eröffnet wieder die Schulen vor Ort, macht die Polizeireviere wieder auf, richtet neue Ämter ein und macht die Gemeindegemeinschaften rückgängig.«



René Jalaß
(LK Meißen)

Sprecher für Hochschul- und Wissenschaftspolitik; Sprecher für Drogen- und Netzpolitik
rene.jalass@
slt.sachsen.de

Hochschulen auf sicherem Fundament: »Die Exzellenzstrategie zementiert die Hierarchisierung der Hochschullandschaft, viel Geld konzentriert sich an der Spitze und nur wenig bleibt für die Breite. Von einem Wettbewerb in der Forschung kann keine Rede sein. Die Staatsregierung sollte lieber dafür kämpfen, dass alle sächsischen Hochschulen langfristig sicher finanziert sind. Leucht-

turm-Strategien sind auch in der Hochschulpolitik zum Scheitern verurteilt.« (Drucksache 6/9585)



Marion Junge
(LK Bautzen)

Sprecherin für BürgerInnenanliegen und Petitionen; Sprecherin für Weiterbildung und Kindertageseinrichtungen
marion.junge@
slt.sachsen.de

Kitas jedes Jahr verbessern:
»Die CDU in Sachsen rühmt sich mit den hohen Personalausgaben, die sie in den vergangenen Jahren durch Kürzungen eingespart haben. Im Gegensatz dazu stehen die hohen Mehrkosten für die Verbeamtung, so dass in den Kitas und Schulen die wirklich benötigten Mittel nicht ankommen. Das wollen wir unbedingt ändern und schlagen deshalb zwei bezahlte Stunden Vor- und Nachbereitungszeit für alle Erzieherinnen und Erzieher vor sowie eine jährliche fünfprozentige Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas in den nächsten 12 Jahren! So geht langfristige Qualitätsverbesserung in den Kitas!« (Drucksache 6/10717)



Kathrin Kagelmann
(LK Görlitz)

Sprecherin für Agrarpolitik und ländliche Räume
kathrin.kagelmann@
slt.sachsen.de

Klimawandel der anderen Art:
»Mit unserem Diskussionsangebot wollen wir der »mentalen Schwermut einer Region«, wie sie neulich treffend bezeichnet wurde, entgegenreten und zu einem »Klimawandel der anderen Art« motivieren – für eine Lausitz als Labor für spannende Köpfe. Denn infolge der Abwanderung werden die fehlenden Köpfe eher unser Problem sein als das Geld. Wir wollen auf ein unterschätztes Potenzial für Strukturentwicklung hinweisen: Das Kulturelle im weitesten Sinn von neuer Lebens- und Arbeitskultur. Dazu gehören eine bürgerschaftliche Werkstattatmosphäre, lausitzweit guter Lohn, neue Unternehmens- und Gesellschaftsformen.« (November 2018 zu »15 Thesen für einen Strukturwandelprozess in der Lausitz«)



© DisobeyArt / iStockphoto.com



Anja Klotzbücher
(Dresden)

Sprecherin für Europapolitik
anja.klotzbuecher@
slt.sachsen.de

Europa ja, aber sozial:
»Kurz und vereinfacht: wie funktioniert die EU? Im Prinzip wie die sieben Königreiche in Westeros (siehe »Game of Thrones«), nur eben mit deutlich weniger Entzündungen, vergifteten Getränken, Drachen, Eiszombies, fiesen Intrigen usw. und ohne Eisernen Thron. Auch die Winter in Europa sind sehr viel kürzer ... Natürlich bietet die EU auch reichlich Anlass für Kritik: Europa ist (nicht zu Unrecht) als »Festung« und als »praxisfernes Bürokratiemonster« verschrien. Probleme, wie unzureichende Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Praxisferne, bestimmen das öffentliche Bild der EU. Doch Europa ist gestaltbar! Ich persönlich halte den europäischen Gedanken für unverzichtbar. Für die Idee eines sozialen, solidarischen und nachhaltigen Europas lohnt es sich einzutreten.«



Kerstin Köditz
(LK Leipzig)

Sprecherin für Antifaschistische Politik
kerstin.koeditz@
slt.sachsen.de

Geheimdienst hat Rechtsruck verpennt: »Auf einige Dinge ist in Sachsen Verlass: Der Innenminister mag wechseln, aber der Verfassungsschutz-Bericht ist inhaltlich so dürftig wie eh und je. Wenn der Geheimdienst die Gefahr sieht, dass es der extremen Rechten gelingen könnte, ihre Positionen »in allgemeine gesellschaftliche Debatten einzubringen und als legitim darzustellen«, hat die Behörde offenbar jahrelang gepennt – denn der Rechtsruck ist in vollem Gange, gerade in Sachsen. Unfreiwillig komisch ist, dass der Bericht nebenher »zivilgesellschaftlichen Widerstand« für nötig erachtet – aber die wenigen, die ihn leisten, schnell mal einem angeblich »linksextremistischen« Antifaschismus zuschlägt.«



Heiko Kosel
(LK Bautzen)

Sprecher für nationale Minderheiten; Sprecher für die Euroregionen und interregionale Zusammenarbeit
heiko.kosel@
slt.sachsen.de

Sorbisch darf nicht aussterben: »Die Vereinten Nationen haben 2019 zum »Jahr der indigenen Sprachen« erklärt, um auf die Gefährdung der indigenen Sprachen hinzuweisen. Die Sorben sind nach der Rechtsdefinition eines Übereinkommens der ILO, einer UN-Organisation, in welchem der Begriff der indigenen Völker definiert ist, ein indigenes Volk. Im Atlas der gefährdeten Sprachen der UNESCO sind Niedersorbisch und Obersorbisch in der Stufe 2 als gefährdet eingestuft, d.h. dass

die Sprache von immer weniger Sprechern als Muttersprache erlernt wird und innerhalb weniger Generationen auszusterben droht. Die Schaffung von sorbischen Sprachräumen hat auch den Charakter einer Wiedergutmachung für die Zurückdrängung sorbischer Sprachräume durch die Abbaggerung sorbischer Dörfer.« (Drucksache 6/13864)



Kerstin Lauterbach
(LK Meißen)

Familienpolitische Sprecherin
kerstin.lauterbach@slt.sachsen.de

Damit Familien glücklich sind:
»Man fragt sich im Leben manchmal, was der Sinn von alledem ist. Aber am Ende des Tages ist es immer die Familie.« Dieses Zitat des Rockstars Rod Stewart bringt es auf den Punkt. Gemeinsam mit den Sächsischen Familienverbänden ringen wir um optimale Rahmenbedingungen für das glückliche Leben der Familien. Dazu gehören ein ordentliches Auskommen jenseits von Hartz IV und Armut, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine gute Kinderbetreuung von der Kita bis zur Schule und auch eine zuverlässige medizinische Versorgung bis ins hohe Alter. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch – etwa zur weiteren Ausgestaltung des Sächsischen Familienpasses, zum sofortigen Ausbau der Familienbildung und ganz aktuell zur Einführung eines Kinder- und Familienfreitages als zusätzlicher gesetzlicher Feiertag.« (Drucksache 6/8851)



Verena Meiwald
(LK Sächsische Schweiz/Osterzgebirge)

Sprecherin für Haushalt und Finanzen sowie für Sportpolitik
verena.meiwald@slt.sachsen.de

Fördern einfacher machen:
»Auch erste kleine Schritte hin zur Vereinfachung bei den Förderverfahren führen nun nicht zu ganz großen Freudentänzen im Land. Gerade haben die Bürgermeister und der Sächsische Städte- und Gemeindetag ihre Kritik erneuert. Kommunen stellen erst gar keine Anträge mit x Seiten Verwaltungspapier, weil sie die über 106 Förderrichtlinien gar nicht mehr bewältigen. Solange sich hier nicht endgültig Tiefgreifendes ändert, nützt ihnen der ganze Geldsegen nichts, denn er kommt schlicht nicht an. Wir fordern seit Jahren Entbürokratisierung und Pauschalen.«



Juliane Nagel
(Leipzig)

Sprecherin für Flüchtlings- und Migrationspolitik; Sprecherin für Datenschutz
juliane.nagel@slt.sachsen.de

Asyl und Arbeit: »Erst neulich habe ich eine Autowerkstatt in meinem Wahlkreis besucht, die seit einigen Monaten einen Geflüchteten aus dem Libanon beschäftigt. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, die Leipziger Ausländerbehörde verweigert bisher eine Ausbildungsduldung. Für den Unternehmer bedeutet das viel Bürokratie und für den Auszubildenden eine hohe psychische Belastung. Das darf nicht sein! Es wäre im Sinne von Kammern, Unternehmen und Betroffenen, wenn geflüchtete Menschen leichter eine Ausbildung beginnen oder eine Arbeitsstelle annehmen könnten.«



Luise Neuhaus-Wartenberg
(LK Nordsachsen)

Sprecherin für Mittelstand, Handwerk und Tourismus; Stellv. Fraktionsvorsitzende
luise.neuhaus-wartenberg@slt.sachsen.de

Selbstständige oft arm dran:
»Wenn 18.200 Unternehmerinnen und Unternehmer weniger als 60 Prozent des sächsischen Durchschnittslohnes verdienen – dieser lag 2017 bei 2.388 Euro – und 7.400 Selbstständige sogar Anspruch auf Hartz IV haben, ist das mehr als ein Alarmsignal. Wir weisen seit Jahren darauf hin, von uns gab es mehrere Anfragen, Anträge und Debatten dazu, die die Staatsregierung jedes Mal

zwingen, die misslichen Zahlen aufzuschreiben und sich dazu zu äußern. Aber sie scheinen es einfach nicht zu begreifen. Zumindest ist das die einzige Erklärung dafür, dass hier seitens der Staatsregierung nichts geschieht. Ohne ein Mehr an sozialer Sicherheit, besonders im Alter, werden es immer weniger innovative Selbstständige in Sachsen.« (Drucksache 6/8129)



Janina Pfau
(Vogtlandkreis)

Sprecherin für Verbraucherschutz; Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik
janina.pfau@slt.sachsen.de

Wählen mit 16: »Bei Wahlen zum Landtag und zu den Kommunalparlamenten sollte das aktive Wahlalter auf 16 Jahre sinken. Die Studie der Bertelsmann-Stiftung »Wählen ab 16« stellt fest, dass das Wahlalter 16 ein Baustein sein kann, um Menschen langfristig an demokratische Prozesse heranzuführen. Je früher eine tatsächliche Beteiligung stattfindet, desto stärker ist die langfristige Bindung an die Demokratie. Und das politische Interesse der Jugendlichen steigt – laut der Shell-Jugendstudie von 2015 waren 2002 nur 30 Prozent der Jugendlichen an Politik interessiert, 2015 hatte sich die Zahl auf 41 Prozent erhöht.« (Drucksache 6/14865)



Dr. Jana Pinka
(LK Mittelsachsen)

Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft
jana.pinka@slt.sachsen.de

Bergleute langfristig beschäftigen: »Der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung hat eine bundesweite Dimension für die betroffenen Bergbauregionen. Daher bedarf es jetzt einer Bundesländer-Gesellschaft für Sanierung und Rekultivierung der Braunkohlereviere, insbesondere für die Bundesländer Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. Als Sitz dieser Sanierungsgesellschaft schlagen wir Hoyerswerda vor, eine Stadt, die mit der Kohle groß wurde und nun im Herzen des Lausitzer Seenlandes liegt. Nach dem Vorbild von Wismut und LMBV haben die Bergleute eine Aufgabe vor Augen, von der sie etwas verstehen und die ihnen in ihrer Region eine Bleibmöglichkeit bietet.« (Drucksache 6/9062)



Lutz Richter
(LK Sächsische Schweiz/Osterzgebirge)

Demokratiereferendums Sprecher; Stellv. Fraktionsvorsitzender
lutz.richter@slt.sachsen.de

Eine Burg als Beispiel: »Hohnstein steht exemplarisch für den Umgang der sächsischen CDU mit ländlichen Räumen. Eine in Landkreiseigentum befindliche Burganlage steht vor möglicher Veräußerung, weil sich das Land seiner Verantwortung entzieht. Die Burg ist für Stadt und Umland als kultureller Treff und Herz der Stadt, touristischer und gastronomischer Kern der Gegend und als Gedenk- und Erinnerungsort von immenser Bedeutung. Wir arbeiten in Kooperation von Kreistags- und Landtagsfraktion an einem Nutzungsvorschlag.« (Drucksache 6/9072)





©FRED WAGNER / iStockphoto.com

Prozent beziffert, denn darin enthalten sind die Eigenanteile der Städte und Gemeinden zur Finanzierung der Kulturangebote. Richtig ist, dass mit dem Landeshaushalt 2019 / 2020 endlich mehr Gelder für Theater, Orchester und Kulturförderung bereitgestellt werden, nachdem diese über Jahre hinweg durch die Staatsregierung sträflich vernachlässigt wurden. Seit 2015 betrug der Anteil der Kulturfinanzierung an den Haushalten des Freistaates Sachsen knapp unter 2,1 Prozent.«

sie das im Koalitionsvertrag versprochen hat. Das sächsische Vergabegesetz muss endlich modernisiert werden. Das bisherige ist so locker, dass Firmen, die anständigen Tariflohn zahlen, regelmäßig von Billiganbietern ausgestochen werden, die ihre Angestellten mit dem allgemeinen Mindestlohn abfrühstücken. Dazu kommt noch, dass eine riesige Zahl an öffentlichen Aufträgen (über 90 Prozent) direkt vergeben wird, ohne fairen, transparenten Wettbewerb und ohne Kontrolle durch den Gesetzgeber.«
(Drucksache 6/13914)



Susanne Schaper
(Chemnitz)

Sprecherin für Sozial- und Gesundheitspolitik; Tierschutzpolitische Sprecherin; Stellv. Fraktionsvorsitzende
susanne.schaper@slt.sachsen.de

Mangels an der Tagesordnung ist. Wir erachten es erstens als notwendig, dass jede sächsische Gemeinde pro Einwohner und Jahr 100 Euro mehr Schlüsselzuweisung zur freien Verfügung erhält. Zweitens schlagen wir vor, für die Landkreise und kreisfreien Städte Regionalbudgets von jährlich je 10 Mio. Euro als frei verfügbare Mittel bereitzustellen. Das wären noch einmal 32 Euro je Einwohner. Auf diese Weise würde sowohl etwas für die Entbürokratisierung getan als auch für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.« (Drucksache 6/12960)



Enrico Stange
(LK Leipzig)

Sprecher für Innenpolitik, Landesentwicklung, Bauen und Wohnen
enrico.stange@slt.sachsen.de

Polizeigesetz bringt zu wenig:

»Es stellt sich die Frage, was die SPD als Steigbügelhalter für das neue Polizeirecht für ihr Entgegenkommen gegenüber der CDU verbuchen kann. Die anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Beamtinnen und Beamte in geschlossenen Einheiten – Fehlanzeige. Eine unabhängige Beschwerdestelle? Die Zentrale Beschwerdestelle soll vom Innenministerium in die Staatskanzlei umziehen. Aber auch dort kann sie gar nicht unabhängig oder weisungsfrei sein, da ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Staatsregierung berufen werden. Ich bezweifle also stark, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Polizeibedienstete künftig mehr Vertrauen in dieses Instrument entwickeln können.« (Drucksache 6/5439)



Horst Wehner
(LK Zwickau)

Sprecher für Inklusion; Sprecher für SeniorInnenpolitik; Vizepräsident des Landtages
horst.wehner@slt.sachsen.de

Sachsen in Zukunft barrierefrei:

»Sachsen ist noch voller Behinderungen: Als barrierefrei gelten nur solche baulichen und sonstigen Anlagen, Fahrzeuge, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Kommunikationssysteme, akustische und visuelle Informationsquellen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wozu auch die erschlossene Landschaft gehört, wenn sie für Menschen unabhängig von der Art der Behinderungen auffindbar, zugänglich und benutzbar sind. Und zwar nicht irgendwie, sondern in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe. Nach diesem Maßstab stehen uns noch enorme Veränderungen und Anpassungen bevor. Barrierefreiheit kommt allen zugute, Jungen wie Alten, auch Eltern mit kleinen Kindern, um mal nur ein Beispiel herauszugreifen.«
(Drucksache 6/13144)

Pflege-Vollversicherung:

»Im Niedriglohnland Sachsen ist der Pflege-notstand nicht nur in Pflegeheimen und bei Pflegediensten spürbar. Er ist längst in den Familien angekommen. 1.300 bis 1.600 Euro Eigenanteil pro Monat werden inzwischen für einen stationären Pflegeplatz fällig. Oft ist die Rente zu niedrig, die Leistungen der Pflegeversicherung reichen ohnehin nicht. Wir wollen eine Pflegevollversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger, auch Selbstständige und Beamte, solidarisch einzahlen und in der alle pflegerisch notwendigen Leistungen von den Pflegekassen bezahlt werden.« (Drucksache 6/16466)



Mirko Schultze
(LK Görlitz)

Sprecher für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz
mirko.schultze@slt.sachsen.de

Rentenpunkt für's Ehrenamt:

»So geht MP Kretschmers und auch Minister Wöllers Regieren in punkto Feuerwehr: Man schaut gelegentlich mal in die richtige Richtung, macht einen kleinen Schritt nach vorn, hat aber nicht den Mut oder den Willen loszulaufen. Konsequenter wäre z.B. die Wertschätzung des Ehrenamtes z.B. durch eine Bundesratsinitiative für einen Rentenpunkt fürs Ehrenamt. Es bleibt auch bei unseren weiteren Forderungen: Brandschutz und Erste Hilfe in den Bildungsplan jeder Klassenstufe, bessere Ausstattung für den Feuerwehrverband, Festschreibung der Hilfsfristen, eine zentrale Beschaffung.«



André Schollbach
(Dresden)

Sprecher für Kommunalpolitik
andre.schollbach@slt.sachsen.de

Kommunale Selbstverwaltung stärken:

»Die CDU-geführte Staatsregierung gibt gern den finanzpolitischen Musterknaben. Tatsächlich hat sie zahlreiche Kommunen in eine Situation gebracht, in der die Verwaltung des



Franz Sodann
(Leipzig)

Kulturpolitischer Sprecher
franz.sodann@slt.sachsen.de

Kultur aufwerten:

»Staatsministerin Stange betreibt Schönrechnerei auf Kosten der Kommunen und kreisfreien Städte, wenn sie den Anteil der Kulturausgaben am Gesamthaushalt mit über vier



Klaus Tischendorf
(Erzgebirgskreis)

Gewerkschaftspolitischer Sprecher
klaus.tischendorf@slt.sachsen.de

Stopp den Dumpinglöhnen:

»Diese Regierung bekommt es nicht hin, Sachsen ein zeitgemäßes Vergabegesetz zu geben, obwohl

links im Landtag

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Frühjahr 2019

Unsere Rateaufgabe können Sie, liebe Leserinnen und Leser, ganz einfach lösen, wenn Sie aufmerksam den Texten folgen. Die Formulierung finden Sie mehrfach. Übrigens ist Ihnen dieser Ausspruch mit einem Brief unseres Fraktionsvorsitzenden Anfang des Jahres schon mal ins Haus geflattert. Es ist die Quintessenz: Meckern ist leicht – Mitmachen, Mitentscheiden wollen, darauf kommt es an.

Lösung

E L

A U.

Nun sind Sie am Zug. Schreiben Sie uns die Lösung per Post an:

**Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden**

oder per E-Mail an:
raetsel@linksfraktion-sachsen.de

Kennwort: »LiL-Preisrätsel«.
Einsendeschluss ist der
1. Juli 2019 (Poststempel).
Unter allen richtigen
Einsendungen verlosen wir
unter Ausschluss des Rechts-
weges **Büchergutscheine!**
Die Gewinne werden
zugeschickt, deshalb bitte
Absender nicht vergessen.
Die Einsende-Adressen
werden ausschließlich zur
Ermittlung der Gewinnerinnen
und Gewinner genutzt.
Die Finanzierung der Preise
erfolgt über Spenden
unserer Abgeordneten.

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Vorsitzender: Rico Gebhardt
Telefon: 0351 493-5800
Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Druck: DDV Druck GmbH
Auflage: 1,3 Mio.
Stand: April 2019



Anthony Reichel ist angehender Bäcker. Der 21-Jährige lebt mit seiner Freundin in Südwestsachsen und engagiert sich politisch links. Bei seinem Besuch in der Linksfraktion im Landtag haben wir ausgemacht, dass er der Landespolitik mal die Meinung sagt. Öffentlich. Hier in der Zeitung der Fraktion fürs ganze Land. Er hat Wort gehalten. Und seinen Text geschickt:

»Ich bin ein fast ausgebildeter Bäcker und möchte euch ein paar Eindrücke aus der Ausbildung, dem Arbeitsamt und dem »guten alten« Handwerk erzählen. Für mich war der Weg ins Handwerk ganz normal. Schon als Sechsjähriger träumte ich davon, Konditor zu werden. Dieser Wunsch überlebte Kindheit und Schulzeit, sodass ich direkt in meine Lehrausbildung einstieg. Doch mein geradliniges Berufsglück endete jäh, als ich mit dem konfrontiert wurde, was ich wissen sollte und was mir tatsächlich beigebracht worden war – sprich mit der Zwischenprüfung. Ich bestand diese mit Ach und Krach, was zwar erst einmal gut war, mir aber die

Ich backe eure Brötchen – trotz allem

Augen öffnete. Mein Weg führte mich zur Handwerkskammer, um meinem Ausbildungsbetrieb nachdrücklich zu vermitteln, dass ich ausgebildet werden will und keine billige Lohnkraft bin. Nach einer Reihe von Gesprächen, die leider keinen Erfolg hatten, erhielt ich die Aufforderung des Chefs, einen Aufhebungsvertrag zu unterzeichnen. Das war ein harter Schlag für mich und brachte mich an den Punkt, die Entscheidungen der letzten zwölf Jahre in Frage zu stellen – also jede ab dem Wunsch, Konditor zu werden. Doch unter viel Anstrengung fand ich einen Meister, der bereit war, mich weiter auszubilden. Zwar nicht als Konditor, aber als Bäcker – also artverwandt, aber keinesfalls dasselbe. Alles ist jedoch besser als zwei Lehrjahre »wegzuwerfen«, und so kämpfte ich um meine Motivation. Nun bald kann ich mit Stolz behaupten, Geselle des Bäckerhandwerks zu sein. Sofern ich – drückt mir bitte die Daumen, wer te Leserschaft! – bestehe. Was mir aufgefallen ist? Die Handwerkskammer wie auch die Innungen schreien nach Auszubildenden, reihenweise machen kleine Bäcker dicht ob des Nachwuchsmangels. Aber kaum einer der Herren Meister bildet aus, und wenn, dann nur leidlich, selten leidenschaftlich. Was noch auffällt? Die Vergütung im Handwerk ist gering, 450 Euro im 1. Lehrjahr – davon bleiben aber (wenn's gut läuft) 350 Euro übrig. Davon kann man sich eine Wohnung leisten – zumindest in Sachsen. Sonst aber nix, oder ein Auto, alles andere ist eng. Wo hingehen,

wenn's also klemmt, weil die Eltern selber zu knabbern haben? Bafög? Gibt's nicht in der Ausbildung. Aufstocken? Macht kein Amt mit. Was bleibt? BAB. Berufsausbildungsbeihilfe. Viel Spaß beim beantragen – für eine Ungewissheit, ob du etwas bekommst oder eben auch nicht, legst du dem Arbeitsamt alles offen, von dir, deinen Eltern, deinem Betrieb und deiner Wohnung. Im Schnitt wartest du dann 6–16 Wochen, also 1½ bis 4 Monate, bis dein Bescheid kommt. Und mit etwas Glück bekommst du was, der Betrag schwankt, denn die Regeln beim BAB sind eng – und egal, was deine Eltern zu schleppen haben, solange sie »genug« Lohn bekommen, fälltst du raus – und stehst wieder mit deinen 350 Euro da. Das Handwerk bietet beste Voraussetzungen für eine Existenzgrundlage – da muss sich aber politisch noch einiges bewegen! Ich bin dabei!«



Gleiches Recht muss selbstverständlich sein!

»Ostdeutsche Arbeits- und Lebensleistung anerkennen – Fehler und Versäumnisse der Nachwendzeit und Treuhand-Unrecht kritisch aufarbeiten!« Darum geht es in einem der wichtigsten Anträge der sächsischen Linksfraktion in dieser Legislaturperiode des Landtags. Es gibt nämlich einen merkwürdigen Widerspruch im Handeln der Regierungspolitik in Bund und Land mit Blick auf das Schicksal der Menschen in Ostdeutschland und Sachsen: Während die »Aufarbeitung des DDR-Unrechts« ganz wichtig sei, um die Demokratie heute richtig zu machen, soll über das Treuhand-Unrecht nach der Wende der Mantel des Vergessens

und Vergessens gebreitet werden. Doch die damalige Ungleichbehandlung – der westdeutsche »Investor« bekam oftmals ganze Betriebe für eine Mark, ostdeutsche Übernahm Interessierte aus der eigenen Belegschaft durften nicht mal für viel Geld kaufen – wirkt bis heute fort: Ostdeutsche sind in den Führungsebenen von Wirtschaft und Verwaltung, aber auch der Justiz und der Wissenschaft auf skandalöse Weise unterrepräsentiert – es gibt keinen einzigen Hochschulrektor bzw. keine Rektorin ostdeutscher Herkunft. Wie das Treuhand-Unrecht aufgearbeitet (die Linksfraktion im Bundestag fordert einen Untersuchungsausschuss) und die bestehende

Ungleichbehandlung u. a. bei der Rente insbesondere für eine Reihe von Berufsgruppen und in den Eigentumsverhältnissen (Bodenreformland, Erholungsgrundstücke, Garagen) beseitigt werden kann – dafür machen wir mit konkreten Vorschlägen Druck (mehr unter <https://bit.ly/2GuW4nz>). Und für uns ist klar: Wer Sachsen regiert, muss sich für die Überwindung der Ost-/West-Spaltung bei Tariflöhnen einsetzen! Dazu gehört auch: Das Versprechen der Ansiedlung von mehr wichtigen staatlichen Einrichtungen im Osten muss eingelöst werden. Das Grundgesetz gebietet in Artikel 36, dass in den Bundesbehörden die Menschen aus allen Bundesländern angemessen vertreten sind. Davon kann bisher keine Rede sein. Eigentlich sollte es für eine sächsische Staatsregierung selbstverständlich sein, dass Sächsinen und Sachsen überall dort mitarbeiten, wo die Weichen fürs Land gestellt werden. Oder sehen Sie das anders?